

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

21.3.1930 (No. 69)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verleger:
Dr. 954
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. v. D.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM., einjährig 32,50 RM., einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreier Rabatt, der als Rabatrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigerhöhung, zwingender Verdrängung und Konturveränderungen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Währungsbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Für eine Reichsstädteordnung Ein Entwurf der Deutschen Städtetages

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat die Grundsätze für ein einheitliches deutsches Städterecht aufgestellt und den Entwurf einer Reichsstädteordnung beschlossen, der den Parlamenten des Reiches und der Länder sowie den zuständigen Regierungsorganen vorzulegen ist.

Der Entwurf beschränkt sich darauf, die Fragen zu regeln, deren einheitliche Gestaltung im öffentlichen Interesse geboten ist, und die großen Leitgedanken für die Neugestaltung des kommunalen Verfassungsrechts festzulegen. Er behandelt in 59 Paragraphen vor allem die Rechtsstellung und die Aufgaben der Städte, das Bürgerrecht, die Zusammensetzung und Zuständigkeit der städtischen Organe, die städtische Finanzverwaltung, die Gemeindebetriebe, die Ortsgesetzgebung, die Rechtsmittel, die Staatsaufsicht und die Ungemeindung.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Muleri, führte u. a. dazu in einer Pressekonferenz aus:

Die verschiedenen Typen der deutschen Gemeindeverfassung sind aus den Ideen des Freiherrn von Stein erwachsen. Sie haben sich in den einzelnen deutschen Ländern theoretisch zwar nach verschiedenen Richtungen hin entwickelt, in der Praxis aber sind ihre Unterschiede weniger bedeutsam, als man glauben möchte. In dem Entwurf des Städtetages ist als Ergebnis praktischer Erfahrungen ein neues Städterecht gestaltet, das die alten städtischen Ideen mit den Forderungen der Gegenwart in Verbindung bringt.

Dr. Muleri bezeichnete als die Grundlagen des Entwurfs die Unterbrechung der Selbstverwaltung durch die volle Selbstverwaltung, das Einkörpersystem, die entscheidende Teilnahme des Bürgers an der Verwaltung und Gesetzgebung, die richtige Lösung des Problems Führerschaft und Demokratie, eine klare Abgrenzung der Verantwortung, eine bestimmte Begrenzung der Staatsaufsicht und genügenden Rechtsschutz des Bürgers.

Der Vorstand des Städtetages fordert daher für die deutschen Städte das Einkörpersystem und kommt damit zu der Form, der sich auch die preussische Staatsregierung in dem Verfassungsentwurf für Berlin und, wie man hört, in dem Entwurf eines Selbstverwaltungsgesetzes angeschlossen hat. Unter dem Einfluß der neueren politischen Entwicklung ist das Zweikörpersystem, insbesondere die Magistratsverfassung, der Bildung eines einheitlichen und starken Verantwortungsbewußtseins immer hinderlicher geworden. Das vom Städtetag vorgeschlagene System sieht eine einzige Körperschaft (Stadtvertretung) vor, in der künftig nicht nur die Beschlussfassung über alle wichtigen Angelegenheiten der Gemeinden, sondern auch das Schwergewicht der Verwaltung liegen soll. Selbstverwaltung ist nicht möglich ohne volle Selbstverantwortung. Es soll in Zukunft nicht mehr möglich sein, daß ein Organ der Stadt sich bei seinen Beschlüssen auf die Ablehnung des anderen Organs verläßt. Die Verantwortung für das Schicksal der Gemeinde liegt offen.

Die gewaltig gewachsenen Aufgaben jeder Stadt verlangen eine tatkräftige Verantwortlichkeit als Leiter der Verwaltung. Führerschaft und Demokratie sind keine Gegensätze. Die demokratische Auslese vielmehr soll den richtigen Mann an die richtige Stelle setzen. Die moderne Städteverwaltung und die Ideen der Selbstverwaltung verlangen einen verantwortungstragenden und verantwortungsbewußten Führer.

Die Erfahrungen des praktischen Lebens müssen unmittelbar für die Kommunalverwaltung nutzbar gemacht werden. Die gewählten Bürger bilden die Stadtvertretung, sie sitzen in den vorbereitenden und den verwaltenden Ausschüssen und tauschen ihre Anschauungen und Erfahrungen untereinander und mit dem leitenden Beamten der Stadt aus. Die Erfahrungen Süddeutschlands und des Rheinlandes lassen gerade in dieser Beziehung eine wertvolle Neubelebung der Selbstverwaltung erhoffen. Der Bürger muß eine Verwaltung vor sich sehen, deren Aufbau und Befugnisse klar und übersichtlich geregelt sind, vor deren etwaigen Übergriffen er aber auch durch geeignete Rechtsmittel geschützt ist. Wenn genügender Rechtsschutz besteht, erwidert sich in vieler Hinsicht schon deshalb eine Verstärkung der staatlichen Verwaltungsaufsicht.

Auf die Frage nach den unmittelbaren praktischen Auswirkungen des Entwurfs einer Reichsstädteordnung teilte Dr. Muleri mit, daß man zunächst eine Erörterung zwischen Reich und Ländern über den Entwurf erwarten dürfe. Im übrigen würden Städte und Städtetage auf der Grundlage dieses Entwurfs zu den preussischen Gesetzentwürfen eines Gesetzes für Berlin und eines Selbstverwaltungsgesetzes Stellung nehmen.

Um den Flugplatz Lachen-Speyerdorf Deutscher Einspruch

Die „N. Bad. Landeszeitg.“ bringt die Meldung, die Reichsregierung habe durch den deutschen Botschafter in Paris bei der Völkervereinigung Einspruch dagegen erhoben, daß der Flugplatz Lachen-Speyerdorf zerstört werde, und zwar unter Hinweis auf die seit einer Reihe von Jahren bestehenden Vereinbarungen, daß militärische Einrichtungen, u. a. auch Flugzeughallen und ähnliches, nur zu zerstören sind, wenn sie bis 1932 nicht für zivile Zwecke Verwendung finden. Nun bestünde aber bei den in Frage kommenden deutschen Amtlichen Stellen die Absicht, den bei Neustadt a. S. gelegenen Flugplatz Lachen-Speyerdorf als Flughafen in den deutschen Zivilluftverkehr einzubeziehen. — Unter Vorlegung dieser Gründe sei die Reichsregierung bei der Völkervereinigung dahin vorstellig geworden, daß die Forderung des Oberkommandierenden der Rheinarmee rückgängig gemacht werde. Die Reichsregierung hoffe zuversichtlich, daß die Völkervereinigung den General Guillaume in diesem Sinne instruieren werde.

Letzte Nachrichten

Rotenwechsel Severing-Frick

Reichsmittel erst nach einer Untersuchung bei der Thüringer Polizei

BRN, Berlin, 21. März (Priv.-Tel.) Die Antwort der thüringischen Staatsregierung auf die Aktion des Reichsinnenministers gegen Thüringen ist heute morgen in Berlin eingegangen.

Darauf hat nun der Reichsinnenminister sogleich geantwortet.

Der Reichsinnenminister erklärt, daß er die Presse erst nach Abgang seines zweiten Schreibens davon unterrichtet und die Verbreitung durch den Rundfunk nicht beanlagt habe. Sein zweites Schreiben habe die einzig mögliche Antwort dargestellt auf das Vorgehen, das von einem Mitglied des Thüringischen Staatsministeriums beliebt worden sei, und das in der Tat bisher im Verkehr zwischen Reich und Ländern nicht üblich gewesen sei. Wenn Herr Frick der Beschlussfassung des Staatsministeriums — wie er es getan — vorzöge, dann lag es beim Staatsministerium, Herrn Frick gegenüber das Erforderliche zu veranlassen. In dem Schreiben heißt es dann weiter:

Durch die Mitteilung Ihrer Feststellung über den Bund „Adler und Falke“, mit der meine Anfrage vom 17. Februar nunmehr beantwortet ist, ist zugleich der übliche amtliche Verkehr zwischen dem thüringischen Staatsministerium und meiner Amtsstelle wiederhergestellt. Soweit im Rest des laufenden Etatsjahres für Thüringen noch Fondsmittel in Betracht kommen, können Zahlungen jedoch nicht mehr geleistet werden, da über die betreffenden Fonds inzwischen restlos verfügt worden ist. Ob und inwieweit im nächsten Etatjahr Mittel aus Fonds meines Ministeriums zur Verfügung gestellt werden können, ist von der Beschlussfassung der gesetzgebenden Körperschaften und der weiteren politischen Entwicklung abhängig.

Was die Frage angeht, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichsaufschusses für Polizeizwecke, von seiten des thüringischen Staatsministeriums noch vorliegen, so erlaube ich mich damit einverstanden, Untersuchungen zur Klärung dieser Frage anzustellen.

Als meinen Beauftragten zur Mitwirkung an dieser Untersuchung nach Ziffer 1, Abs. 7 der Grundzüge benenne ich den Ministerialdirektor Wenzel, den Leiter der zuständigen Abteilung im Reichsministerium des Innern, den Sie von der Anberaumung eines Termins für den Beginn der Untersuchungen gef. benachrichtigen wollen. Bis zum Abschluß der Untersuchungen bleibt es selbstverständlich bei der in meinem Schreiben vom 18. März mitgeteilten Anordnung.

Die Parteitagung der Deutschen Volkspartei

Auftakt in Mannheim

BRN, Mannheim, 21. März (Priv.-Tel.) Nachdem der Parteivorstand gestern Abend getagt hatte, begann heute vormittag die Reichsparteitagung der Deutschen Volkspartei mit der Sitzung des Zentralvorstandes. Die Tagung ist außerordentlich zahlreich besucht. Auch die Reichsminister Curtius, der seinen Erholungsurlaub in Locarno unterbrochen hat, und Wolbenhauer sind nach Mannheim gekommen.

Zur Vordergründe der Sitzung des Zentralvorstandes stehen die großen Finanz- und Wirtschaftsprobleme. Sie nahmen den Hauptraum in dem großangelegten Referat ein, mit dem der Parteiführer, Dr. Schulz, die Zentralvorstandssitzung eröffnete. Die Finanz- und Wirtschaftsfinanzierung soll in Übereinstimmung mit dem Programm des Reichsfinanzministers in zwei Etappen durchgeführt werden: in der Sanierung der Reichsfinanzen, die in diesem Jahre zustandegebracht werden muß, und in der steuerlichen Entlastung der Wirtschaft, die in erster Linie der Neubildung von Kapital dienen soll. Es ist anzunehmen, daß die Mannheimer Beratungen sich im wesentlichen um dieses große Problem drehen werden, da es auf das engste mit der innerpolitischen Frage zusammenhängt, die in den letzten Wochen im Vordergrund stand: der Aufrechterhaltung der Großen Koalition im Reich. Eine weitere interessante Frage, die auf der Tagung zweifellos zur Sprache kommen wird, ist der Konflikt zwischen Thüringen und dem Reich. Er ist für die Deutsche Volkspartei naturgemäß besonders delikats, weil sie sowohl in der Reichsregierung wie auch in der thüringischen Staatsregierung vertreten ist.

Neben diesen akuten Fragen, die vor allem in der Zentralvorstandssitzung besprochen werden dürften, wird der eigentliche Parteitag am morgigen Samstag die politische Linie der Deutschen Volkspartei auf weite Sicht behandeln. Es ist wahrscheinlich, daß die Führung der Deutschen Volkspartei den Versuch machen wird, der Sammlungsbewegung in der Mitte einen neuen Impuls zu geben und damit die Entwicklung unseres Parteilebens weiter vorwärts zu treiben.

Ablehnung konservativer

Anträge zur Kohlenbill

BRN, London, 21. März. (Tel.) Bis Mitternacht englischer Zeit wurden vom Unterhaus mit Mehrheiten von 45 bis 78 Stimmen drei konservativ-abwärtige Anträge zu verschiedenen Klauseln der Kohlenvorlage abgelehnt. Die Liberalen enthielten sich der Abstimmung.

Japanisch-russischer Offiziersaustausch

BRN, Tokio, 21. März. (Tel.) Zwischen der japanischen und der sowjetrussischen Regierung wurde ein Abkommen zum Austausch von Offizieren beider Heere abgeschlossen.

Wirtschaftliche Umschau

Die österreichisch-ungarischen Vorkriegsschulden — Aus der Mannheimer Großindustrie — Daimler-Benz
Heinrich Lang

Einem unerträglichen Zustand soll nun, 11 Jahre nach dem Kriegesabluß — auch eine Folge der Saager Abmachungen —, die am 27. März in Paris zusammen tretende Konferenz zur Regelung der österreichisch-ungarischen Vorkriegsschulden (70 Anleihen) ein Ende machen. Es sollen alle noch unregulierten Fragen gelöst, also auch die Papier- und Silberrenten bereinigt werden, wie die bis 1931 erst vorläufig geordneten Baluta- und Goldrenten. So soll die namentlich infolge des Widerstands von Ungarn und Rumänien immer wieder auf die lange Bank geschobene Angelegenheit endlich geregelt werden, nachdem die Frage der Ostreparationen geklärt ist und die Nachfolgestaaten auf der Saager Konferenz die Verpflichtung übernommen haben, die Frage innerhalb 6 Monaten zu bereinigen.

Es handelt sich um sehr beträchtliche Summen in der Vorkriegszeit im Ausland angelegten deutschen Volkvermögens, auch aus Kreisen jetziger deutscher Kleinrentner, wovon nur geringe Reste übriggeblieben sind, die zum Teil seit dem Krieg nicht einmal verzinst wurden. Es liegen also auch erhebliche Rückstände vor, trotzdem es sich auch um durchaus zahlungsfähige Schuldner, wie die Tschechoslowakei, Südslawien, Rumänien und Ungarn, handelt, die immer wieder unter fadenscheinigen Begründungen den Gläubigern die kalte Schulter zeigten. Die Angelegenheit hat für die Schuldnerländer auch eine andere Seite, denn die Interessen des Auslandes sind hier ihnen gegenüber eigentlich solidarisch im Hinblick auf den künftigen Geldbedarf der Nachfolgestaaten. Diese Sachlage müßte ein Druckmittel zu einer annehmbaren Regelung der Altschulden ergeben.

In Mannheim ist wegen der neuen Entlassung von 250 Arbeitern des dortigen Betriebs der Daimler-Benz-WG. wiederum erhebliche Unruhe entstanden, wie bereits im Herbst anlässlich der damaligen Entlassungen, entstanden. Man sprach damals die Befürchtung aus, daß anscheinend die Absicht bestehe, das Mannheimer Benzwerk, bekanntlich die Geburtsstätte des Automobils, schließlich ganz stillzulegen und zu verkaufen und die Fabrikation ganz in Untertürkheim (Württemberg) zu konzentrieren. Troßdem die Verwaltung jetzt wieder erklärt hat, daß eine über diese Maßnahme hinausgehende Einschränkung des Betriebs nicht geplant ist, verstummen die besorgten Stimmen in der Öffentlichkeit nicht, was man verstehen kann, denn das Mannheimer Benzwerk beschäftigt im ganzen 3000 Arbeiter und Angestellte.

Es wird deshalb verlangt, daß die Stadt Mannheim, die an und für sich schon genug durch Betriebsstilllegungen und -einschränkungen leide, sich durch Zusagen gegen eine Stilllegung der Benzwerke sichere. Dabei wird darauf verwiesen, daß es sich in Mannheim um hochqualifizierte Facharbeiter handle, während im Untertürkheimer Werk 500 Mann neu eingestellt werden sollen, die zum größten Teil vom Lande beigezogen werden müßten. Es sei überhaupt zu bezweifeln, ob es sich in der Tat um eine Rationalisierung und nicht um einen planmäßigen Abbau des Mannheimer Betriebes handle. Aber selbst wenn tatsächlich Rationalisierungsmaßnahmen vorlägen, müßte doch auch die volkswirtschaftliche Seite der Frage betrachtet werden. Und vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus sei die Protolosmachung von städtischen Facharbeitern auf der einen Seite und andererseits die Heranziehung von ungelerten Arbeitern aus Randorten, auch wenn die Firma glaubt, dadurch billiger zu fahren, äußerst bedenklich. Auch auf Entlassungen aus der Mannheimer Gießerei, während der Guß an auswärtige Konzernwerke fremder Gießereien vergeben wird, wird hingewiesen.

Erfreuliches besagt im ganzen der Bericht der Heinrich Lang AG, Mannheim, die bekanntlich mit rund 4000 Arbeitern (1925) zu den größten landwirtschaftlichen Maschinenfabriken der Welt gehört und schon auf ein 80jähriges Bestehen zurückblickt. Der Betrieb war um die Jahreswende, vom 16. Dezember bis 9. Januar, stillgelegt, dann aber in sämtlichen Abteilungen mit einer Beschäftigungsdauer zwischen ein und sechs Tagen wieder aufgenommen worden. Der Produktionsumfang hat jetzt wieder den der Vorkriegszeit erreicht. Freilich wurde dieses Ergebnis infolge der technischen Verbesserungen mit

weniger Arbeitskräften erreicht. Dabei hat der Umsatz im Inland abgenommen, dafür aber der Absatz nach dem Ausland — meist Europa — vor allem in Schlepfern, stark zugenommen. Der Gesamtumsatz senkte sich infolge der starken Bedeutung des Inlandgeschäfts für das Unternehmen von 38 Mill. Reichsmark (1928) auf 35 Mill. Reichsmark. Im neuen Jahr, wo das Geschäft zunächst stilllag, ist seit Anfang März eine merkliche Besserung zu erkennen.

500 000 RM von dem 619 000 RM betragenden Reingewinn (im Vorjahr 251 000 RM) werden einem Sonderreservofonds zugeführt, und auch diesmal keine Dividende verteilt. Im einzelnen wird berichtet, daß die von Lang hergestellten Schlepper (Bulldogg) die Hälfte des Bedarfs der deutschen Landwirtschaft an Schleppern und fast die Hälfte der gesamten deutschen Ausfuhr an Schleppern deckten. Von einer neuen, Personal sparenden Stahldrehmaschine, die unter Anpassung an amerikanische Bauarten entwickelt wurde, und die auch für bäuerliche Zwecke geeignet ist, erhofft man eine Neubelebung des Geschäfts. Die Verwaltung glaubt, nun nach Durchführung der Rationalisierung in Betrieb und Büro, die Krisenzeit überwunden zu haben, so daß es möglich sein werde, den Arbeiterstand, allerdings mit den üblichen Saisonschwankungen, zu halten.

Ueber 3 Millionen Arbeitslose

Wie aus Berlin gemeldet wird, betrug die Ziffer der Hauptunterstützungsempfänger bei der Reichsarbeitslosenversicherung am 12. März 2 313 000. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in der ersten Märzhälfte hat nun insgesamt 65 000 abgenommen. Am 28. Februar betrug sie 2 378 000. Die Zahl der Krisenunterstützten ist noch um 2 000 Personen gestiegen und zwar auf 288 000. Mit den Ausgesteuerten, die jetzt auf die Unterstützung der öffentlichen Fürsorge angewiesen sind, beträgt die Zahl der Unterstützungsempfänger über 3 Millionen. Davon sind 2,6 Millionen Hauptunterstützungsempfänger und Krisenunterstützte, der Rest besteht aus Ausgesteuerten.

Die erste Fahrt der „Europa“

Der neue Schnelldampfer „Europa“ traf Donnerstag früh auf der Jungfernfahrt von Bremen nach New York auf der Reede von Cowes ein. Die Ankunft des prächtigen Schiffes wurde von der englischen Presse als großes Ereignis gewürdigt. Die aus Bremen mitgeführten deutschen Gäste, darunter Ministerpräsident Brauns, Herr Krupp von Bohlen und Halbach, sowie zahlreiche führende Mitglieder der deutschen Presse treten mit dem Schwesterdampfer der „Europa“, der aus New York später eintreffenden „Bremen“ die Heimfahrt nach Deutschland an. — Donnerstag nachmittag lief die „Europa“ Cherbourg an und begann nach einstündigem Aufenthalt die Weiterreise nach New York. Der Kapitän der „Europa“ erklärte, er werde während dieser Reise nicht versuchen, die Rekordzeit der Überfahrt zu verbessern, denn es seien Stürme gemeldet.

Der Besuch der „Europa“ in Southampton begegnete größtem Interesse. „Daily Mail“ schreibt: Die beiden schnellsten Dampfer der Welt, die „Bremen“ und „Europa“ gingen Donnerstag auf der Reede von Cowes vor Anker. Sie sollen Deutschland seine verlorene Stellung auf dem Ozean zurückgewinnen. Großbritannien darf jetzt nicht länger auf seinem Vorbeerbekommen, es muß neue und schnellere Schiffe bauen. Allerdings wird der Versuch, das Blaue Band des Ozeans zurückzugewinnen, erst in drei Jahren gemacht werden können.

In ganz England ist, noch unmittelbar vor Frühlingsanfang, strenge Kälte eingetreten. Aus den meisten Bezirken des Landes werden starke Schneefälle gemeldet. Aber dem Armellanal war gestern das Schneegestöber so dicht, daß zur Vermeidung von Schiffsunfällen die Nebelsignale und Nebelhörner in Tätigkeit gesetzt werden mußten. Die Schiffe fuhren mit höchstens halber Geschwindigkeit.

Werbeabend der Volksbühne, Karlsruhe

Mit der „Titus“-Operette Mozarts, gespielt vom Salonorchester der Polizeikapelle unter Heißigs Leitung, begann der diesjährige Werbeabend des Vereins „Volksbühne Karlsruhe“ zunächst klassisch und wachte auch in seiner ganzen ersten Hälfte einen durchaus ernsten, künstlerisch bedeutsamen Charakter. Da waren es vor allem sehr beherzigenswerte Begründungsworte, die Direktor Hans Blum an die zahlreich Erschienenen — der große Festhallsaal war bis auf den letzten Platz besetzt — richtete. Mit berechtigtem Stolz konnte er darauf hinweisen, daß die Volksbühne nach zehnjährigem Bestand wieder 4000 Mitglieder umfaßt und mit diesen jetzt wiederum je vier Vorstellungen des Landestheaters zu füllen vermag, ein ansehnlicher Erfolg, der nun dazu verpflichtet, um so intensiver für die Ziele des Vereins und zugleich für das fünfte Tausend neuer Mitglieder zu werben. Wie wichtig aber auch für die Erhaltung der Theater selbst solche Organisationen sind, darüber sprach einleitend Prof. Max (Breslau), als er von dem großen kulturellen Existenzkampf redete, der augenblicklich wohl die Breslauer Oper bedroht, jedoch dank der mächtigen Wehrgruppe (30 000 Menschen), die dort im Osten gerade die Volksbühne stellt, keinen Moment die Schauspielbühne wenigstens in Gefahr bringen wird. Das eigentliche Thema seines Vortrags lautete sodann „Volksbühne und Volksbildung“ und förderte äußerst wichtige Material über die geistigen Zusammenhänge beider Bewegungen zutage. Es gelte, dem heutigen Arbeitsmenschen eine richtige Ausübung seiner Freizeit zu ermöglichen und als Gegengewicht zu Sport, Kino, Radio ihm eine Stätte zu schaffen, wo er unmittelbar schöpferischen Leben begegne. Das sei aber einzig und allein durch das Theater möglich, das man heute sogar neu gründen müsse, wenn es nicht schon seit Hunderten von Jahren bestünde. Und insbesondere sei wichtig, daß die Volksbühnenbewegung nicht bloß ein passives Publikum sich wünsche, sondern eine Theatergemeinde, die innerlich dem Theater verbunden sei und letzten Endes eines jener großen Instrumente werde, durch die der Kulturwille überhaupt wirksame Befruchtung erfahre. Er trat des weiteren sehr eindringlich für das Theater der Gegenwart, natürlich nur insoweit es künstlerisch wertvolle Produktion ist, ein, wandte sich gegen alle sogenannten „neutrale“ Kunst und jede einseitig gesinnungsmäßige Auslegung dieser und schloß mit der programmatischen Erklärung: Die Volksbühne stelle das Bündnis dar zwischen der souveränen Kunst und der Souveränität der Volksgemeinschaft. Um dieses Hauptreferat des Abends gruppierte sich nun eine lange Reihe künstlerischer Darbietungen. So sang

Der vorläufige Finanzausgleich im Reichsrat

Der preussische Antrag zu Art. 35 angenommen
In der Vollziehung des Reichsrates am Donnerstag wurde der Gesetzentwurf zur Übergangsregelung des Finanzausgleichs verabschiedet. Diese Übergangsregelung stellt nur eine Zwischenlösung dar, mit der den Ländern und Gemeinden über die besonderen Schwierigkeiten des Rechnungsjahres 1930 hinweggeholfen werden soll. Von der preussischen Regierung wurde eine Änderung des § 35 des Finanzausgleichs dahin beantragt, daß den finanziell schwachen Ländern in Zukunft aus dem Aufkommen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer neben der normalen Überweisung nicht mehr weitere 25 Prozent, sondern nur noch 15 Prozent überwiesen werden. Dieser Antrag, gegen den sich die Vertreter Bayerns und der kleineren Länder in der Aussprache wandten, wurde mit 37 gegen 29 Stimmen angenommen. Mit der preussischen Regierung und sämtlichen preussischen Provinzen stimmten dafür die Länder Sachsen, Hamburg, Bremen und Lübeck.

Nach der Annahme des preussischen Antrags gaben die Vertreter von Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin scharfe Proteste gegen den Reichstagsbeschluss ab. Mecklenburg-Schwerin erklärte, es sehe in diesem Beschluss eine Verletzung des Artikels 8 der Reichsverfassung und werde deswegen die Klage beim Staatsgerichtshof erheben.

Vor der Schlussabstimmung erklärte der Vertreter Bayerns, er müsse das Gesetz ablehnen, weil der Reichsrat den Anträgen Bayerns in verschiedenen Punkten, vor allem hinsichtlich des Verteilungsschlüssels bei der Biersteuer und Umsatzsteuer nicht Rechnung getragen habe. Gegen die Vorlage erklärten sich auch die Vertreter von Thüringen, Mecklenburg, Schwerin und Lippe. In der Schlussabstimmung wurde der vorläufige Finanzausgleich mit 49 gegen 17 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Lippe und Schaumburg-Lippe und Bayern.

Dem vom Reichstag angenommenen Gesetz über den Schutz der Republik stimmte der Reichsrat zu, nachdem die bayerische Regierung erklärt hat, nicht zustimmen zu können, und der thüringische Vertreter beantragt hat, gegen das Gesetz Einspruch zu erheben. Dieser Antrag wird abgelehnt. Ferner stimmte der Reichsrat dem Reichsministergesetz zu, sowie dem vom Reichstag beschlossenen Änderungen des Ehegesetzes und der Konturordnung. Genehmigt wurde auch das Gesetz über die Landarbeiterfremdung.

Als deutsche Vertreter im Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sind, wie die „Frankf. Ztg.“ wissen will, neben den von Amts wegen in den Rat eintretenden neuen Reichsbankpräsidenten Dr. Luffner die Herren Melchior und Reesgen in Aussicht genommen.

Voruntersuchung gegen die verhafteten Reichswehroffiziere.
Gegen die in Ulm verhafteten und in das Untersuchungsgefängnis nach Berlin übergeführten Reichswehroffiziere Schäringer und Ubin, sowie gegen den Reichswehrroberleutnant a. D. Wendi, hat der vom Reichsgericht beauftragte Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Braune, die Voruntersuchung eröffnet.

Kein Benzinnopol. Zu einer Meldung des Londoner „Daily Herald“, welche die Überfahrt „Benzinnopol in Deutschland“ trägt, wird aus Berlin mitgeteilt, daß die Einführung eines Benzinnopols in Deutschland nicht beabsichtigt ist.

Großer Prozeß gegen die Südd. Arbeiterzeitung. Im Januar und Februar brachte die kommunistische Südd. Arbeiterzeitung mehrere Artikel, die sich mit der Stuttgarter politischen Polizei beschäftigten, und in denen Kriminalbeamte, beschuldigt wurden, wesentlich falsche Angaben in den Hochverratsprozessen gegen württembergische Kommunisten in den Jahren 1924—1927 gemacht zu haben. Der Prozeßtermin ist in Stuttgart auf 4. April anberaumt. Die Verhandlung dürfte circa 8 Tage in Anspruch nehmen.

Einschreibeverbot für den Schweizer „Noten Sonntag“. Der deutsche Not-Front-Kämpferbund hat in der kommunistischen Zeitung „Der Kämpfer“ in Zürich einen Aufruf erlassen zur Teilnahme an den in Zürich für den 30. März geplanten „Noten Sonntag“. Der Schweizer Bundesrat wird aber ein Einschreibeverbot für alle zum Not-Front-Kämpferbund gehörende Mitglieder erlassen und den betreffenden Grenzbeamten entsprechende Instruktionen zur Überwachung der Grenze erteilen.

Magda Strad das „Archt“ aus Mahlers zweiter Sinfonie zu Orgelbegleitung. Wilhelm Kuntz das Preislied aus den „Meisterjüngern“, wobei Kurt Stern dirigierte. Nicht minder eindrucksvoll fügte sich Hedwig Schöning mit ihrer hübschen, sehr sympathischen Sopranstimme (Arie aus „Troubadour“) in das Gesamtprogramm, in dessen erstem Teil außerdem ein kleiner Sprecher der Metallarbeiter und zusammen mit dem Genannten Karlheinz Löser noch in Nigolletto-Quartett (letzter Akt) mitwirkte.

Die zweite Hälfte ward mehr und mehr zum bunten Abend, in dessen Zusammenfassung sich Hans Blum wieder als gewandter Anführer und auch am Vortragstisch als trefflicher Regisseur humorvoller Geschehnisse bewährte. Lied und Tanz wechselten in rascher Folge. Zu den schon Erwähnten gefüllten sich dabei u. a. noch Ada und Karlheinz Kögel, Emma Ladner, Irmgard Silberbord und Harald Josef Fürstenau. Es schlug fast elf Uhr, als das begeisterte Publikum endlich die letzten Künstler vom Podium entließ.

Emil Ludwig in Paris. Emil Ludwig hielt Donnerstag abend im Völkerverbundsinstitut für geistige Zusammenarbeit in Paris einen von der französischen Abteilung der Amities internationales veranstalteten Vortrag über Goethe. Den Vorsitz führte Abg. Dr. Wenzig, der neben dem Vortragsgeber von Hoehs Platz genommen hatte. Der Saal war überfüllt. Dr. Wenzig stellte Ludwig als einen Vertreter des neuen Deutschland und der europäischen Renaissance vor. Ludwig selbst hielt einen etwa einstündigen Vortrag, in dem er Goethe als Staatsmann, Bürger und Dramatiker schilderte. Goethe, so führte er aus, sei ein Vorläufer moderner Ideen mit einer weitgehenden europäischen Auffassung. Er sei der kostbarste Schatz, den Deutschland neben seiner Kunst Europa zum Geschenk machen könne. Der Vortragende erzielte lebhaften Beifall. Nach dem Vortrag wurde Ludwig im Namen des Völkerverbundsinstituts für geistige Zusammenarbeit von Wenzig begrüßt, der ihn als Vorkämpfer der europäischen Zusammenarbeit feierte. Ludwig wird sich einige Tage in Paris aufhalten. Ihm zu Ehren sind verschiedene Empfänge, u. a. auf der deutschen Botschaft, vorgesehen.

Rückkehr des Polarforschers Wilkins. Der Polarforscher Sir Hubert Wilkins ist von seiner Antarktisekspedition nach Amerika zurückgekehrt. Er berichtet, er habe an Stellen, wo ein Teil des antarktischen Festlandes vermutet worden war, nun offenes Wasser gefunden, habe aber anderer Stelle eine neue Küstenlinie von großer Länge topographisch aufgenommen und fünf Inseln entdeckt.

Der Konflikt mit Thüringen

Ein Aufruf an das Thüringer Volk

Die thüringische Regierung hat einen Aufruf an das Thüringer Volk erlassen. Es wird darin erklärt, daß trotz mancher Zwischenfälle Regierung und Regierungsparteien einig und entschlossen seien, sich von der Einlösung des Versprechens gegenüber Thüringen und der Erhaltung seiner politischen Selbständigkeit nicht abbringen und durch nichts stören zu lassen. „In diesem Zeitpunkt strenger und verantwortungsbewusster Arbeit um die Lebensinteressen des thüringischen Volkes“, so heißt es wörtlich, „unternimmt es der sozialdemokratischen Partei angehörende Reichsminister Severing ohne jede haltbare Begründung und unter Mißachtung der getroffenen Vereinbarungen, in den gebührenden Fortgang der thüringischen Regierungsgeschäfte einzugreifen, und kündigt in einem Schreiben an die Landesregierung die Zurückhaltung von beträchtlichen, dem Lande zustehenden Mitteln an. Wenn sich die Landesregierung mit dieser Kundgebung an die Öffentlichkeit wendet, weiß sie sich in der Zurückweisung dieser Angriffe eins mit der heimattreuen Thüringer Bevölkerung. Sie bittet das Thüringer Volk um Gefolgschaft und Treue in dem festen Willen, alle Angriffe auf die Ehre, das Ansehen und die Freiheit unseres lieben Heimatlandes abzuwehren.“

Der Aufruf an das Thüringer Volk ist, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, namentlich unterzeichnet von sämtlichen acht Mitgliedern der Landesregierungen von der Deutschen Volkspartei bis zu den Nationalsozialisten.

Im thüringischen Landtag gab Staatsminister Baum im Namen der thüringischen Regierung eine Erklärung ab, die besagt, daß die Regierung gegen den Bund „Adler und Falken“ nicht einschreiten konnte, da er sich in keiner Weise gegen den Bestand des Reiches betätigt habe. Seit Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die neue thüringische Regierung seien in der Landespolizei mit Ausnahme der terminmäßigen Entlassungen und Beförderungen, überhaupt keine Veränderungen vorgenommen worden. Die thüringische Regierung werde auf demselben Wege, wie Reichsminister Severing, nämlich durch Presse und Rundfunk, ihre Antwort erteilen.

Zur Rechtslage

„Sozialdemokratische Pressebrief“ u. a.:
„Der Schritt des Reichsinnenministers ist selbstverständlich in Übereinstimmung mit dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister erfolgt. Aber seine Rechtmäßigkeit ist gar kein Zweifel. Die Polizei der Länder wird vom Reich unterstützt aus einem Dispositionsfonds, der für diesen Zweck bestimmt ist. Die Art der Verteilung ist geregelt durch ein Abkommen zwischen Reich und Ländern, in dem gleichzeitig bestimmt ist, unter welchen Voraussetzungen der Reichsminister des Innern die Zuschüsse sperren kann. Zu den Voraussetzungen der Hingabe gehören in erster Linie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, die strikte Wahrung der Reichsverfassung und der geltenden Gesetze in den Ländern. Die Entscheidung des Reichsinnenministers, daß diese Voraussetzungen unter der Regierung des Herrn Fric in Thüringen nicht mehr gegeben sind, bedarf nach den Worten und Taten des Herrn Fric keiner Begründung weiter.“

Der Youngplan

vor dem französischen Parlament

In der französischen Kammerführung hat am Donnerstag der Justizminister den Gesetzentwurf zur Ratifizierung der Haager Abkommen und des Youngplans eingebracht. Er forderte im Namen der Regierung die Überweisung des Gesetzentwurfes an den Finanzausschuss.

Der Vorsitzende des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Paul Boncour, erhob hiergegen Einspruch und erklärte, wenn der Entwurf auch in hohem Maße den Finanzausschuss interessiere, so gehe er indessen auch den auswärtigen Ausschuss etwas an; denn wenn er auch eine beträchtliche finanzielle Tragweite habe, so habe er auf der anderen Seite eine politische Bedeutung; namentlich hinsichtlich der Rheinlandräumung. Darauf antwortete Ministerpräsident Lardoux: Der Entwurf trage vor allem finanziellen Charakter; denn er stelle das Gegenstück des Gesetzentwurfes über die Schulden Frankreichs dar, der verabschiedet sei. Der Youngplan sei, ob man wolle oder nicht, die Ersetzung des einen Systems durch ein anderes, und zwar die Ersetzung der Zwangsgarantien durch ein System der indirekten Garantien. An dem Tage, an dem ein Teil der deutschen Schuld in der anonymen Masse der Inhaber internationaler Werte untergebracht werde, werde die Reparationsschuld Deutschlands mit der öffentlichen Schuld Deutschlands zusammenfallen. An diesem Tage werde Frankreich an Stelle von Zwangsgarantien finanzielle Garantien in Form des deutschen Kredits besitzen. Der Youngplan werde erst an dem Tage Wirklichkeit sein, an dem der erste Teil der Young-Obligationen mobilisiert sein werde. Wenn das französische Parlament die Mobilisierung des ersten Teiles im Mai wolle, dann sei es dringender nötig, daß spätestens am 6. April die Ratifizierung in Kammer und Senat vollzogen sei. Der Gesetzentwurf wurde an den Finanzausschuss verwiesen. Der Auswärtige Ausschuss wird um ein Gutachten gebeten.

In der Begründung des Gesetzentwurfes zur Ratifizierung des Youngplanes wird u. a. gesagt:

So zufriedenstellend auch der Damesplan während fünf Jahren gewesen sei, so habe er doch in der Absicht der Autoren nur als provisorisch gegolten. Die allgemeine Regelung im Haag bringe eine Herabsetzung des Betrages der deutschen Annuitäten. Alle Nationen hätten hinsichtlich der Gesamtheit der Rechte, die sie aus den Verträgen ableiteten, beträchtliche Opfer bringen müssen. Die Regierung sei der Ansicht, daß diese Opfer weitläufig durch all das ausgeglichen seien, was die neue Regelung an finanzieller Sicherheit und internationaler Solidarität aufweise. Die neue Regelung liquidiere, eine durch die schmerzlichen Folgen des Krieges belastete Vergangenheit und bereite eine Zukunft vor, die von nun an der Aufbaubarkeit des Friedens gewidmet sei. Die Mobilisierung der deutschen Annuitäten solle es Frankreich praktisch ermöglichen, die öffentlichen Schulden abzutragen, die es für den Wiederaufbau übernommen habe.

Die Silberstücke, die angeblich aus dem Hause des Regierungspräsidenten von Rotterdam, Dr. Romm, entwendet waren, waren in amtlicher Verwahrung. Frau Romm hatte ihr Silber in wohlverschütten und versiegelten Paketen bei der Regierungshauptkasse deponiert. Alles, was angeblich gestohlen worden ist, konnte somit wieder herbeigeholt werden, und es stellt sich jetzt heraus, daß Frau Romm nichts verkauft hatte. Frau Romm ist in die psychiatrische Abteilung der Berliner Charité übergeführt worden. Sie soll dort auf ihren Geisteszustand untersucht werden.

Badischer Teil

Der Kultusetat im Landtag Abg. Duffner Landtagspräsident

Dr. Karlsruhe, 20. März 1930

Auf der Tagesordnung der Nachmittagsitzung stand zunächst die

Wahl des Präsidenten

Das Zentrum als stärkste Fraktion hatte den Abg. Duffner

vorge schlagen, der in geheimer Wahl mit 66 Stimmen gewählt wurde (3 Stimmen erhält der Kommunistische, je 1 Stimme die Abg. Dr. Reibach und Dr. Föhr vom Zentrum; außerdem wurden 2 weiße Zettel abgegeben).

Abg. Duffner nahm die Wahl an. Erster Vizepräsident Maier begrüßte den neuen Präsidenten und sprach dem bisherigen Präsidenten, Dr. Baumgartner, für seine in siebenjähriger Amtstätigkeit dem Landtag sowie dem Lande geleisteten Dienste für die objektive Geschäftsführung auf schwierigem, verantwortungsvollem Posten den aufrichtigen Dank des Hohen Hauses aus (Lebhafte Zustimmung).

Abg. Dr. Baumgartner dankt für die ihm zuteil gewordene Anerkennung.

Präsident Duffner führte aus: Im Gedanken an die ausgezeichneten Männer, die aus fast allen Parteien in früheren Landtagen den Präsidentenposten eingenommen haben, und die ihm ein Vorbild sein sollen, habe er sich zur Annahme der Wahl bereit erklärt. Er danke herzlich für das ihm bewiesene Vertrauen. Er sei sich voll bewusst, welch großes Maß von Verantwortung er auf sich nehme, sei aber von dem festen Willen besetzt, nach den Vorschriften der Gesetze, der Geschäftsordnung und Verfassung zu handeln, seine Aufgabe gerecht und unparteiisch zu erfüllen, das Ansehen des Hauses zu wahren, und bestrebt zu sein, sich das Vertrauen aller Parteien zu erwerben. Seinem Freunde und Vorgänger wünsche er, daß er im Amte des Rechnungshofpräsidenten die verdiente Befriedigung finden möge (Lebhafte Beifall im Zentrum).

Der neue Präsident des Landtags gehört zu den ältesten Mitgliedern des badischen Parlaments, dem er schon eine große Reifezeit hindurch angehört.

Gutsbesitzer Josef Duffner hat seinen Wohnsitz in Furtwangen, wo er am 1. Oktober 1868 geboren wurde. Schon ziemlich frühzeitig wandte er sich dem politischen Leben zu, trat der Zentrumspartei bei, die er von 1896 bis 1919 in der Gemeindevorstandung seiner Vaterstadt als Stadtverordneter und Stadtrat vertrat. Von 1906 bis 1918 war er auch Kreisabgeordneter und eine Reihe von Jahren hindurch Mitglied der badischen Landwirtschaftskammer. Zum ersten Male wurde Präsident Duffner im Jahre 1903 in den badischen Landtag, die damalige zweite badische Kammer, gewählt, der er bis zum Kriegsende angehörte. Er wurde dann Mitglied der sogenannten badischen Nationalversammlung und auch bei den kommenden Nachkriegslandtagen wiedergewählt, so daß er auf eine nahezu 30jährige parlamentarische Tätigkeit zurückblickt. Auch dem deutschen Reichstag hat Präsident Duffner von 1905 bis 1918 angehört. Mehrere Jahre hindurch war er dritter Vorsitzender der Zentrumspartei, ferner Vorsitzender des Verkehrsvereins des Landtags. Präsident Duffner steht bei allen Parteien in hohem Ansehen. Seine ruhige, niemals verlegende Art im Austrag der Meinungen während der Debatten wurde von jeder sympathisch empfunden.

Das Haus trat dann in die Beratung des Voranschlages des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Abg. Dr. Föhr (Zentr.) gab als Berichterstatter einen erschöpfenden Bericht über die Verhandlungen im Haushaltsausschuß.

Das gesamte Bildungswesen in Baden erfordert heute für Land und Gemeinden den Betrag von 105 Millionen Reichsmark, das ist gegenüber der Vorkriegszeit eine Vermehrung um 133 Proz. Die badischen Hochschulen beanspruchen einen Zuschußbedarf von 10,3 Millionen, eine die Wirtschaftskraft des Landes übersteigende Leistung.

Daß hier dem Reich Sonderverpflichtungen zufallen, die beim Finanzausgleich zu regeln sind, steht außer Zweifel. Eingehend beschäftigt sich der Berichterstatter mit allen Schulgebieten. Der Zuschußbedarf für die Volksschule beträgt 88 Millionen (rund 1 Million Reichsmark mehr).

Der Ausschuß stellt den Antrag, den Voranschlag zu genehmigen, dem Antrag Lenz (Nat.-Soz.) betr. staatsbürgerliche Erziehung der Jugend die Zustimmung zu versagen, und endlich alle zum Unterrichtsbudget eingegangenen Gesuche der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte erstattete Abg. Verion (Zentr.) Bericht über eine Eingabe des Verbandes gemeinnütziger Theater, worin auf eine Entschliebung über die wirtschaftliche Lage der gemeinnützigen Theater hingewiesen wird.

Der Ausschuß beantragt, diese Entschliebung zur Kenntnis zu nehmen.

Es folgt der Bericht über

Dotationsgesetz

worüber gleichfalls der

Abg. Verion berichtete. Vorgezogen ist der stufenweise Abbau der Staatszuschüsse an die Religionsgesellschaften zur Aufbesserung geringbesoldeter Pfarrer. Der Berichterstatter schildert ausführlich die Geschichte der Dotationen und den Verlauf der Ausschlußverhandlungen.

Der Antrag geht dahin, der Vorlage zuzustimmen und die hierzu vorliegenden Eingaben des Ev. Oberkirchenrats sowie einer großen Zahl ev. Kirchenausschüsse und ebenso das Gesuch des Allt. Synodalkollegiums durch diese Beschlusfassung für erledigt zu erklären.

Die Aussprache beginnt in der nächsten Plenarsitzung, die mit Rücksicht auf den Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei in Mannheim erst am kommenden Dienstag (25. März), nachm. 1/4 Uhr stattfindet.

Das Haus erledigt noch eine Reihe von Gesuchen persönlicher Natur im Sinne der Ausschlußbeschlüsse, worauf die Nachmittagsitzung um 1/2 Uhr geschlossen wurde.

Die Stelleneinparung bei den badischen Regierungsbehörden

Das badische Staatsministerium hat dem Landtag eine Gesamtübersicht über die nach § 47 des Besoldungsgesetzes seit 1. April 1928 freigeordneten Beamtenstellen nach dem Stand auf 30. September 1929 zugehen lassen. Eine Zusammenstellung dieser Übersicht ergibt, daß in der Zeit vom 1. April 1928 bis 30. September 1929 insgesamt 279 Stellen eingesparrt wurden (unverändert oder einer niederen Besoldungsgruppe ohne oder mit Hilfskraft), und daß 60 Stellen wieder besetzt wurden (unverändert oder mit Ersatzbeamten). Die finanzielle Ersparnis durch diese Maßnahme betrug in dem genannten Zeitraum vom 1. April 1926 bis 30. September 1929 653 431 RM.

Keine örtlichen Sonderzuschläge mehr

Wie wir hören, hat das Staatsministerium dem Finanzminister beauftragt, vorbehaltlich der späteren Aufhebung des § 43 des Besoldungsgesetzes vom 1. April 1930 an vorerst keine örtlichen Sonderzuschläge mehr auszugeben und die zum Vollzug nötigen Anordnungen schon jetzt ergehen zu lassen. Die Landesstellen sind angewiesen worden, die Zahlung der örtlichen Sonderzuschläge für die aktiven Beamten, Ruhegehaltsempfänger, Hinterbliebenen, Angestellten usw. vom 1. April 1930 an einzustellen.

Zur Dotationsfrage

Auf eine Anfrage des Ministers des Kultus und Unterrichts hat der Evangelische Oberkirchenrat seine grundsätzliche Stellung zum Abbau der Staatsdotationen in folgender Antwort dargelegt:

„Die Einbringung und bisherige Behandlung des Gesetzesentwurfs über die Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln im badischen Landtag hat in der evangelischen Bevölkerung, wie ja auch in den Eingaben vieler evangelischer Kirchengemeinden an den badischen Landtag zum Ausdruck gekommen ist, eine solche Entrüstung ausgelöst, daß der konfessionelle Friede als gefährdet anzusehen ist. Im Interesse der Erhaltung des konfessionellen Friedens ist die evangelische Landeskirche bereit, auch finanzielle Opfer zu bringen. Sie kann deshalb ihre Zustimmung zu einem gleichmäßigen Abbau der Staatsdotationen, der von den bisher gewährten Zuschüssen von 900 000 RM für die evangelische Kirche und von 1 050 000 RM für die katholische Kirche ausgeht, inwieweit geben, als dadurch nicht ihre aus Artikel 138 und Artikel 173 der Reichsverfassung beruhenden Rechte berührt werden, deren Aufrechterhaltung sie für sich ausdrücklich in Anspruch nimmt. Die evangelische Landeskirche gibt diese Erklärung unter der Voraussetzung ab, daß ein Abbau der Dotationen in verhältnismäßig gleichem Ausmaße auch die übrigen Religionsgemeinschaften treffen muß, und daß der Abbau innerhalb eines Zeitraumes erfolgt, der es der evangelischen Landeskirche ermöglicht, ihre Finanzgebarung den verminderten Einnahmen anzupassen und die ihr zur Verfügung stehenden Einnahmequellen zu stärkerer Entwicklung zu bringen.“

Die große Autohöhenstraße durch den Schwarzwald

Die ersten Fernreisekraftwagen

Auf Einladung der Kreisverwaltung Baden-Baden fand im Kurhaus Untermarkt über die Erstellung der noch fehlenden Teilstrecke der großen, durch den ganzen Schwarzwald gehenden Autostraße eine Besprechung statt.

Der Kreisvorsitzende, Bürgermeister Schneider, gab zunächst einen Überblick über den Stand der Frage. Hiernach darf die Finanzierung der Autostraße mit einem Gesamtaufwand von 180 000 RM durch verständnisvolle Unterstützung des Landes, der Kreisverwaltung und der Stadt Baden-Baden, sowie durch das große Entgegenkommen der Reichspost, vorbehaltlich der noch ausstehenden Genehmigung durch die Kreisverwaltung, als gesichert gelten. Ein weiterer Betrag von 10 000 RM soll auf die übrigen Städte und Gemeinden sowie die Hotelbesitzer umgelegt werden. Mit der Autostraße, die sich auf der bisherigen Linie des bekannten Mannheimer Weges bewegen wird, soll zugleich ein Ersatzweg für die wegfällende Strecke des Höhenweges I gebaut werden.

Präsident Seitz legt Wert darauf, daß der Ersatzweg für die Schwarzwaldwanderer gleichzeitig mit der Autostraße begonnen und fertiggestellt werde. Der Kreisvorsitzende sagte dies zu. Als weitere Frage wurde die Abtretung des Geländes für die Autostraße behandelt, woran vier Gemeinden beteiligt sind. Eine Einseitigkeit konnte hier leider nicht erzielt werden, da teilweise eine Entschädigung verlangt wird. Oberpostrat Köfler richtete an die Vertreter der Gemeinden einen warmen Appell. Die rechtzeitige Fertigstellung der Straße bis zum Beginn der Meißzeit sei sehr dringlich. Die Reichspostverwaltung habe für den Ferntrafpostverkehr im Schwarzwald die ersten Fernreisekraftwagen der Reichspost in Deutschland in Auftrag gegeben. Diese Wagen werden eine bisher nicht gebotene Ausstattung aufweisen mit B.-G. und Gepäckraum.



Oberstudienrat Dr. F.

ist einer der fähigsten und beliebtesten Lehrer, für den seine Schüler durchs Feuer gehen. Er bringt ihnen nicht nur Wissen bei; durch sein Vorbild erzieht er sie zu Menschen, die im Leben ihren Mann stehen werden. „Daß Sie nie ärgerlich und immer guter Laune sind - sagen oft seine Kollegen - und das selbst in den schweren Wochen vor der Versetzung, ist kaum zu begreifen.“ „Nichts leichter als das - antwortet er - wenn man Herz und Nerven schon und Kaffee Hag trinkt! Dieser prächtige Bohnenkaffee ist koffeinfrei und völlig unschädlich, regt an, aber nicht auf und ist im Geschmack garnicht zu übertreffen. Wollen Sie's nicht auch mal mit Hag versuchen?“

Oberbürgermeisterwahl in Offenburg. Am 27. März findet die Oberbürgermeisterwahl statt, da die neunjährige Amtsperiode des Oberbürgermeisters Volker abgelaufen ist. Man zweifelt aber nicht daran, daß das feierliche Stadtoberhaupt mit großer Mehrheit wiederum gewählt wird.

Süddeutsche Rundfunk-G.

Die Süddeutsche Rundfunk-G., Stuttgart, erzielte im abgelaufenen Jahr 1929 Einnahmen an Teilnehmergebühren und sonstigen Einnahmen von 1,85 (1,58) Mill. Reichsmark. Davon erforderten Betriebskosten 0,45 (0,36), Verwaltungsunkosten 0,31 (0,34), Programmkosten 0,81 (0,47) und Steuern, Versicherungen, Abgaben usw. 0,12 (0,16) Mill. Reichsmark. Nach Abschreibungen von 0,14 (0,17) Mill. Reichsmark und Steuerrückstellungen von 7500 (6500) Reichsmark verbleibt einschließlich 881 RM Vortrag ein Reingewinn von 907 RM (im Vorjahr 19 770 RM), der meist zu Rückstellungen verwendet wurde.

Der neue Großsender wird bekanntlich im Gebiet der Südd. Rundfunk-G., und zwar in der Gegend von Dürrenz-Mühlader, errichtet und mit einer Antennenergie von 60 Kilowatt ausgestattet; er soll im Herbst 1930 dem Betrieb übergeben werden. Die im Geschäftsjahr hergestellte Programmgemeinschaft mit der Süddeutschen Rundfunk-G. in Frankfurt a. M., die auf dem Grundsatze vollkommener Gleichstellung aufgebaut ist, hat sich organisatorisch und programmatisch als vorteilhaft für die beiden beteiligten Gesellschaften und deren Hörer erwiesen. Die Arbeitsgemeinschaft ermöglichte eine beträchtliche Erweiterung des täglichen Sendeprogramms, eine größere Vielfaltigkeit der Darbietungen und eine Steigerung in der Qualität der Einzelprogramme. Auch der sich natürlicherweise aus der Zusammenarbeit ergebende Wettbewerb zwischen den beiden Gesellschaften wirkt sich günstig auf das Gesamtniveau der Darbietungen aus. Die weitere Entwicklung der Programmgemeinschaft mit der Frankfurter Schwefelgesellschaft wird sich weniger auf einen noch größeren Austausch der Leistungen als vielmehr auf eine Vervollkommenung der Zusammenarbeit und auf eine Vertiefung im Programmaufbau beziehen müssen.

Reichsmittel für Winzergenossenschaften

Amlich wird aus Berlin mitgeteilt: Seitens des Reichsernährungsministeriums wird auch in diesem Jahre auf die Möglichkeit der Erlangung von Reichsmitteln zur Förderung des Winzergenossenschaftswesens hingewiesen. Beihilfen werden gegeben: Zur Gründung von Winzergenossenschaften unter der Voraussetzung, daß mindestens ein Stand von 20 Mitgliedern erreicht wird, die Nebenbaufläche der Genossen mindestens ein Viertel der gesamten Nebenbaufläche der betreffenden Gemartung ausmacht, für den Ausbau bereits bestehender Winzergenossenschaften in bezug auf Neubauten, Erweiterung von Kellereianlagen und Anschaffung von Kellengeräten (Kellern, Fässern u. dgl. m.), falls nachgewiesen wird, daß diese Ausbaumaßnahmen durch eine Zunahme der Mitglieder um etwa ein Fünftel des Mitgliederbestandes vom Herbst 1928 veranlaßt wird.

Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die nach Mitteleuropa eingebrachte Kaltluft hat mit sehr raschem Druckanstieg ein Hoch aufgebaut, das mit der kalten Luftmasse nach Osten wandert. In seinem Bereiche kam es durch Ausstrahlung zu geringeren Nachfrösten. Eine große Kette von Tiefdruckgebieten reicht vom Nordatlantik bis zum Eismeer und verhindert weitere polare Luftzufuhr nach Mitteleuropa, dessen Witterung nun an der Vorderseite der atlantischen Tiefdruckrinne unter der Herrschaft milder südwestlicher Strömung steht. Der morgige Tag wird so zu einem schönen Vorfrühlingsstag werden, da mit dem Einsetzen weiterer Störungen erst später gerechnet werden kann. **Wetterausichten:** Vorfrühlingsstag, meist heiter und trocken, tagsüber mild, leichte Nachfröste.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	21. März	20. März
Amsterdam 100 G.	167,86	168,20
Kopenhagen 100 Kr.	112,10	112,32
Italien . . . 100 L.	21,915	21,955
London . . . 1 Pf.	20,36	20,364
New York . . 1 D.	4,186	4,194
Paris . . . 100 Fr.	16,375	16,415
Schweiz . . . 100 Fr.	81,03	81,19
Wien 100 Schilling	59,00	59,12
Brag. . . 100 Kr.	12,406	12,426

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 19. März d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10/16 d bzw. für 1 Gramm Feingold 32,7335 pence.

Der Privatdiskont ist für beide Sichten um 1/8 Proz. auf 4 1/8 ermäßigt worden.

Eröffnung des Vergleichsverfahrens über die Lagerhauszentrale. Über das Vermögen der Firma „Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser AG.“ in Tauberbischofsheim ist am 19. März das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden. Damit ist dem Streite, ob dem Vergleichsverfahren oder dem Konkurs das Wort gesprochen werden soll, ein Ende gemacht.

Sinner AG, Karlsruhe-Grünwinkel. In der am Donnerstag abgehaltenen Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, der auf den 20. April anberaumten ordentlichen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent vorzuschlagen.

Die Lage der Rheinschiffahrt. Wie es heißt, steht die Vollendung der außerordentlich umfangreichen Untersuchungen des Rheinschiffahrtsaustauschschusses nun bevor. Wichtige Fragen der Flottenstatistik haben weitgehende Klärung erfahren. Es liegen u. a. Zahlen vor über das Verhältnis der ausländischen Flotte zur inländischen sowie der Partikulierschiffahrt zu den Reedereien. Von besonderer Wichtigkeit sind diese Angaben insofern, als es galt, sich mit der Behauptung auseinanderzusetzen, die ausländischen Reedereien zahlten niedrigere Löhne, und zahlreiche deutsche Reedereien seien aus diesem Grunde dazu übergegangen, ihre Röhne unter falscher Flagge fahren zu lassen. Die Kommission kam auf Grund umfangreicher Buchprüfungen, die bei sechs der größten Reedereien vorgenommen wurden, auch zu wichtigen Einsichten über die Rentabilitätsfrage in der Rheinschiffahrt.

Seide und Wembergseide. Im Streite um den Namen „Wembergseide“ wurden am Mittwoch vor dem Reichsgericht in Leipzig verhandelt. Der Vertreter von Gütermann & Co., Gutach, führte aus, ein beträchtlicher Teil des Publikums wisse auch heute noch nicht, daß die Wembergseide nicht Natur-, sondern Kunstseide sei. Der Vertreter von Müller, Brib, legte dar, daß auch vom internationalen Standpunkt aus eine Verwässerung des Begriffes „Seide“ nicht erwünscht sei. Außerdem müsse die alte Seidenindustrie, die Naturseide herstellt, geschützt werden. Der Vertreter von Wemberg erwiderte, es werde vom Kammergericht gerade der Gesichtspunkt hervor gehoben, daß es keine Seide heute kaum noch gebe. Die Fabrikanten von Rißgeweben, die nur zu einem vielleicht kleinen Prozentsatz aus Naturseide bestünden, nähmen für sich das Recht in Anspruch, ihre Waren schlechthin als „Seide“ und

nicht etwa als „Abfallseide“ zu bezeichnen. Der Vertreter von Gütermann entgegnete, daß die von ihm vertretene Firma nur reine Seide, nämlich die sogenannte Schappefärbefabrikate. Das Reichsgericht wird am 25. März, um 12 Uhr, die Entscheidungen sowohl in Sachen Gütermann gegen Wemberg, als auch in Sachen Müller gegen Wemberg verkünden.

7 Proz. Dividende der Württ. Notenbank. Der Aufsichtsrat der Württ. Notenbank hat beschlossen, der auf 7. April 1930 einzuberufenden Generalversammlung nach Zuweisung von 75 000 RM an den Beamtenunterstützungsfonds wieder die Verteilung einer Dividende von 7 Proz. auf das Kapital von 7 Mill. Reichsmark für das Jahr 1929 vorzuschlagen.

Fabag-Vergleich gesichert. Wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, liegen nunmehr über 75 Proz. Zustimmungen der Gläubiger zum Vergleichsvorschlag der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.G. vor, so daß auch im Wege der nichtfreiwilligen Vereinbarung ein Zwangsvergleich gesichert ist. Als einer der Hauptgläubiger steht allerdings immer noch die Allgemeine Elsaßische Bankgesellschaft mit einer Forderung von 1 Mill. Dollar in Opposition. Einige Zustimmungen von Auslandsgläubigern in Amerika usw. stehen aus technischen Gründen noch aus. Dagegen ist weiteres Vernehmen nach die Einigung mit der Schweizer Gruppe zustande gekommen. Zur außerordentlichen Hauptversammlung der „Fabag“ am 21. d. M. liegen etwa 800 Aktionärsanmeldungen vor. Während die Gläubigerzustimmung weitgehend erreicht ist, gehen von Aktionärsseite, besonders der Schweizer Gruppe Dr. Schwendener immer noch Bestrebungen aus, eine höhere Abfindung als 15 Proz. oder 60 RM je 400 RM nom. Aktie zu erzielen.

Wieder 12 Prozent J. G. Farben. Von der Verwaltung wird erklärt, daß der Stoffabfall im Inland in den letzten Wochen nahezu um so viel aufgeholt hat, als er bisher gegenüber dem vorherigen Frühjahrsabfall zurückgegangen sei. Anlässlich der Aufsichtsratsitzung wird mitgeteilt, daß

die Gewinne des laufenden Jahres vorliegen und unter üblichem Vorbehalt wie im Vorjahr 12 Prozent zur Verteilung gelangen. Trotz der gespannten Wirtschaftslage gelte der Abfall im laufenden Jahr als befriedigend. In den mit den Ruhrgebiets schwebenden Stichtaffelhandlungen hofft man in den nächsten Tagen zu einer Einigung zu kommen.

20-Millionen-Dollar-Anleihe für das ABC. Die National City Company in New York gibt bekannt, daß die Verhandlungen mit der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitäts-Gesellschaft über eine Anleihe von 20 Millionen Dollar zum Abschluß gebracht worden sind. Die Anleihe läuft 25 Jahre. Die Zinsen betragen 6 v. H. Der Ausgabekurs beträgt 98 v. H.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Mannheim, 21. März. Die vom Zweckverband für Verkehrserwerbungen Mannheim ins Leben gerufenen kostenlosen Fahrten von der Pfalz nach Mannheim (dreimal in der Woche) wurden am Mittwoch in Neustadt von der Polizei unterbrochen, da der Verband privater Kraftwagenunternehmer Heidelberg bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Vergehens gegen das Kraftwagengesetz erstattet hatte. Die Pfälzer Geschäftswelt soll die Absicht haben, eine Anzeige wegen unlauteren Wettbewerbs gegen diese Propaganda des Mannheimer Zweckverbandes zu erheben. Die Heidelberger Geschäftsleute befürchten gleichfalls eine Schädigung durch die von Mannheim aufgegebenen Fahrverpflichtungen.

bid. Heidelberg, 20. März. Am Föhnbau des Heidelberger Schlosses wird das Dach abgenommen und durch eine Terrasse ersetzt, die den Schlossbesuchern einen herrlichen Ausblick auf Stadt und Rheinebene gewährt wird. Ferner ist die Schlossverwaltung aus Reichsmitteln ein Betrag von 15 000 RM zur Verfügung gestellt worden, der für bauliche Verbesserungen verwendet wird.

Dr. Heidelberg, 20. März. Im Alter von 56 Jahren ist der hier wohnende, frühere ordentliche Professor für Pathologie und Direktor der medizinischen Poliklinik an der Universität Leipzig, Dr. Friedrich Kollu, gestorben. 1927 mußte er aus Gesundheitsrücksichten vom Lehramt zurücktreten.

Dr. Heidelberg, 20. März. Wie verlautet, trägt sich die Heidelberger Gelatinefabrik Stoeb & Co. in Biehlhausen mit der Absicht, ihren Betrieb wegen Absatzmangels stillzulegen.

Dr. Heidelberg, 19. März. Handelskammerpräsident Dr. Friedrich Schupp in Heidelberg kann in diesen Tagen auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Handelskammer zurückblicken. Er war eine Zeitlang in juristischer und kaufmännisch-industrieller Tätigkeit, danach im Handelskammerdienst beschäftigt. Der Jubilar ist vielfach schriftstellerisch hervorgetreten. Insbesondere befaßt er sich mit der Entstehungsgeschichte des Deutschen Handelstags, der im Jahre 1861 in Heidelberg gegründet wurde.

Dr. Donaueschingen, 20. März. Die Brandstunde scheint in der Saar wieder um sich zu greifen, wie ein neuer Brandfall in der vergangenen Nacht in Donaueschingen beweist, bei dem zwei Anwesen vernichtet wurden. Bieckert scheint Brandstiftung vorzuliegen. Der Brand entstand kurz nach 1 Uhr im landwirtschaftlichen Anwesen des Hermann Böhrer, in dem die Postagentur untergebracht war, und ergriff das angebaute Anwesen des Emil Schmid. Beide Anwesen brannten rasch nieder, jedoch konnte das Vieh und der größte Teil der Fahrnisse gerettet werden. Der Gesamtschaden wird auf etwa 30 000 RM geschätzt. — Der Brand in Neulirch bei Furtwangen, dem der Gießengarten Hof unlosig zum Opfer fiel, hat nun seine Aufklärung gefunden. Der Dientenjunge des Bauern hat eingestanden, von dessen Sohn dazu angestiftet worden zu sein, den Brand zu legen, damit der Sohn ein neues Anwesen bekommen könne.

Den Staats- und Gemeindebehörden empfehlen sich:

A. Aulenbacher & Söhne
Steinbruchbetriebe
Ettlingen i. B.
FERNSPRECHER NR. 2
Wir liefern in erstklassiger Ausführung:
Granit, Quarzit und Sandstein
Groß- und Klein-Pflastersteine
Randsteine und Leistensteine
Stücksteine und Schotter

Sämtliche gußeis. Kanalisationsartikel
Feldbahnen und alle Baugeräte für Notstandsarbeiten, Wegebauten usw. empfiehlt den Staats- u. Gemeindebehörden u. Bauämtern **zu Kauf und Miete**
Wilhelm Messmer, Villingen
Gegründet 1903 — Kataloge gratis — Fernsprecher 2131
Mitglied des Badischen Baumeisterbundes

Pumpen
jeder Art für alle Verwendungszwecke
Wasserversorgungen
Drehschieberbahnen
eigenen bewährten Systems
W. Lederle, Masch.-Fabrik Freiburg i. Br.
Vertr.: Ziv.-Ing. Hugo Kruppl, Khe, Nowackanlage 7

„Kühler Krug“ (Fest-Samstag 22. März 7 Uhr abends)
2. Starkbierfest
Feuerwehrkapelle Karlsruhe Erste Büttendredner u. a.
(Leitung Herr Irrgang) Bellemer Heiner!
Eintritt 30 Rpf. inkl. Liederbuch
Ausschank von Sinner Ratsherrn-Bräu

Städtische Sparkasse Mannheim
Öffentliche Sparkasse

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Staffenbestand	190 227,50	1. Spareinlagen	51 704 576,22
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Post-schaffämtern	11 322 079,17	2. Aufwertungs-Spareinlagen	10 141 443,32
3. Wertpapiere	4 275 636,11	2a. Aufwertungs-Abrechnungsfonto	3 046 233,53
4. Wechsel	194 532,03	3. Giro- u. Kontoforrent-einlagen	3 778 418,72
5. Darlehen auf Hypotheken	38 056 578,46	4. Sonstige Einlagen	500 000,—
6. Darlehen in laufender Rechnung an Privats	342 641,63	5. Anleihen- und andere Schulden	510 802,71
7. Darlehen auf Schuldschein	4 433 807,23	6. Ausgabe-Rückstände	167 214,34
8. Darlehen an Gemeinden	1 940 000,—	7. Rücklagen (geschl. Reservefonds)	2 250 188,62
9. Aufwertungsfordere-rungen	10 956 232,64	8. Reingewinn vom Jahre 1929	753 165,04
10. Einnahmerückstände	910 307,73		
11. Grundstücke und Gebäude	200 000,—		
12. Gerätschaften	30 000,—		
	72 852 042,50		72 852 042,50

Berechnung der Rücklage:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
10% aus 52 204 576,22 RM Einlagen (einschl. Depoziten) 5 220 456,62 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 3 003 353,66 RM
somit weniger 2 217 103,96 RM
Mannheim, den 13. März 1930. D. 303
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsführer:
Dr. Walli, Erster Bürgermeister. Riebel, Sparassendirektor.

18. Geldlotterie zur Wiederherstellung des St. Nikolausmünsters in Ueberlingen a. B.
Bei der am 27. Februar 1930 festgesetzten Ziehung wurden folgende Nummern mit den dabei verlotterten Gewinnen gezogen: A. Gewinne von 100 bis 5000 Mark: 3058 (5000), 4956 (1000), 9850 (500), 28719 (500) und Prämie 10000, 26550 (100), 37130 (100), 45130 (100). — B. Gewinne von 50 Mark: 8057 13476 12776 26390 32801 33103 43146 43236. — C. Gewinne von 20 Mark: 3007 8193 11474 18556 15307 31930 30354 30980 32930 35335 36584 37786 36773 40571 41293 41998 42251 45380 49487 49734. — D. Gewinne von 10 Mark: 20 441 8683 4613 5835 6884 6887 8118 8635 9737 9798 9911 14108 16334 16327 16805 17768 18918 20050 20066 20222 24020 27484 28756 31287 31810 32768 33579 38946 39527 39619 39541 40518 41376 42227 43147 45420 45492 46405 47677. — E. Gewinne von 5 Mark: 507 1927 1974 1877 2987 3077 3176 4200 4525 4683 5213 5718 5703 5873 7320 7302 8994 9421 8488 9022 9103 9899 10918 11192 11306 11370 12095 13034 13118 13906 14024 14072 15199 15316 15916 16160 16177 16352 16884 17685 17878 18287 18796 19346 19700 19360 21018 21440 21600 23602 23871 25027 25496 24370 26350 28112 28412 27046 27320 27608 28112 28766 29079 29071 30544 31291 31403 31686 32266 32600 33075 33204 33884 36070 36944 37861 37955 38226 38247 39056 39349 40293 43060 43019 43226 44909 45070 45407 46761 46775 47022 47290 47890 48109 48500 49783 49873 49891 49790 49899. — Sämtliche Nummern mit nachstehenden Endziffern gewinnen je 2 Mark: 010 047 083 100 124 134 172 227 230 244 250 268 274 288 287 313 316 338 389 390 395 394 407 409 504 623 623 648 657 751 815 833 805 900. — Ferner gewinnen folgende Nummern je 2 Mark: 12851 16874 37786 38536 41390. — Die Hauptziehung erfolgt durch Eberhard Fezer, Karlsruhe i. B., Kreuzstraße 28

lung der An- und Abmeldeformulare, die auf der polizeilichen Meldestelle, sowie auf sämtlichen Polizeistationen unentgeltlich erhältlich sind und vom Wähler (Vermieter) sowie dem Gemeldeten (Mieter) mit deutscher Unterschrift zu versehen sind, aufmerksam.
Karlsruhe, den 14. März 1930. D. 3. 14
Vab. Bezirksamt — Polizeidirektion.

Wir werben für Sie!

Straßenpolizeiliche Verfügung.
Der Verkehr auf der Landstraße Nr. 1, Frankfurt-Pfaff, wird für alle Fahrzeuge wegen Baugarbeiten auf der Strecke km 13,507—15,940, d. i. zwischen Weingarten und Durlach, über die Zeit vom 26. März bis 8. April und auf der Strecke km 8,2 bis 9,355, d. i. zwischen Intergrombach und Weingarten, über die Zeit vom 8. bis 16. April folgenden Beschränkungen unterworfen: Verkehrsmittel haben auf der in Ausführung befindlichen Strecke im Schritt, Kraftfahrzeuge mit 6 km Stundenleistungsgwindigkeit zu fahren und dabei diejenige Straßenseite zu benutzen, die dem Führer vom Wälzmeister oder dessen Stellvertreter bezeichnet wird. Söckue Zugtiere sind in der Nähe der Dampfwalze am Zaum zu führen.
Im übrigen ist den Anordnungen der Aufsichtsbeamten Folge zu leisten.
Zu widerhandlungen werden gemäß § 121 Bad. Pol.-Str.-G. mit Geld oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.
Karlsruhe, den 18. März 1930. D. 3. 15
Badisches Bezirksamt — Abteilung IV.

Das polizeiliche Meldewesen betr.
Zunmer wieder werden die bei der polizeilichen Meldestelle — Hebelstraße Nr. 7 b — zu erstattenden An- und Abmeldungen zu- oder wegziehender Personen nicht oder nicht rechtzeitig erstattet. Auch werden vielfach An- und Abmeldeformulare derart ungenau ausgefüllt, unbedeutlich geschrieben und unleserlich unterschrieben, daß ihre Richtigkeit und Ergänzung nur mit Weiterungen und Zeitverlust sowohl für die Beteiligten, wie auch für die Beamten der Meldestelle verbunden ist.
Wir machen daher auf die genaue Beachtung der An- und Abmeldepflicht und auf die genaue Ausfüllung

COLOSSEUM
Heute 8 Uhr
Sonntags 3 1/2 u. 8 Uhr
Das ausersene bunte
Revue-Programm
mit Varieté-Einlagen

Badisches Landes-theater
Samstag, 22. März 1930
* G 17. Ab.-Gem.
1401—1500 u. 1501—1550
Zum erstmaligen
Gestaltungslgende
Vom Glauben und seinen Wundern
Von Ermer
Regie: Dr. Landgrebe
Mitwirkende:
Vertam, Ermarth, Genter, Quaiser, Janz, Hebelisen, Kurr, Kangel, Seifing, Brand, Gemmeke, Graf, Hiel, Just, Kuhne, Wehner, Bräter, Schneider, Schulze, S. Kienischer, Luther.
Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise A (0,70—5 RM)
So., 23. März: Nachmittags: Das Räthen von Heilbrunn. Abends: Tiefland. Im Konzerthaus: Kater Lampe. No. 24. März: 8. Stufenkonzert.

Nehmen Sie
bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“